

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, dem 25.06.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 20:00 Uhr

- öffentlich -

Ende: 22:00 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Ratsherr Karsten Hays-Warfelmann

Mitglieder

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ab 20.01 Uhr anwesend

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsfrau Antje Warnken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwise

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

für Rat und Verwaltung

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Abwesend:

Vorsitzende/r

Ratsfrau Viktoria Heller

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung
 - 1.1** der ordnungsgemäßen Einladung
 - 1.2** der Beschlussfähigkeit
 - 1.3** der Tagesordnung
- 2** Bericht der Bürgermeisterin zugleich für den Verwaltungsausschuss
- 3** Haushalt 2026
 - 3.1** Haushaltplan 2026
 - 3.2** Restmittelübertragung 2025 auf 2026
 - 3.3** Investitionsprogramm
 - 3.4** Stellenplan
 - 3.5** Wesentliche Produkte
- 4** "Solarpark Sannauerfeld"; Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 41, mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan
Hier: Beschlussfassung Abwägung der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, sowie Fassung Satzungsbeschluss und Feststellungsbeschluss
Vorlage: FB 4/053/2024-25-26-3
- 5** gemeinsamer Antrag von SPD/FDP/UWL/Bündnis90/DieGrünen vom 03.04.2026; hier: Einführung der Ganztagschule an der Grundschule Lemwerder Klassen 3-4 ab Schuljahr 2027/28
- 6** Antrag der CDU-NFL-Gruppe vom 19.04.2026 auf Zugang für die Klassen 1 und 2 zum Hort
- 7** Übertragung der Aufgaben nach dem AsylbLG und dem SGB XII von der Gemeinde Berne auf die Gemeinde Lemwerder
Vorlage: FB 1/016/2026
- 8** Förderung Rossmann spendet Licht
- 9** Förderantrag Kommunale Sportstätten – Schwimmbäder
Vorlage: FB 2/021/2026
- 10** Beratung schriftlich eingegangener Anfragen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 11** Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Wegen der Abwesenheit der Ratsvorsitzenden Ratsfrau Heller eröffnet Ratsherr Haye-Warfelmann als stellv. Vorsitzender um 20.00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung ist allen Ratsmitgliedern unter Beachtung der verkürzten Ladungsfrist gemäß § 21 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, zugegangen.

Einwände werden nicht vorgebracht.

1.2 der Beschlussfähigkeit

An der heutigen öffentlichen Ratssitzung nehmen 17 von 20 Ratsmitgliedern sowie Bürgermeisterin Winkelmann teil. Damit ist die Beschlussfähigkeit nach § 65 NKomVG gegeben.

1.3 der Tagesordnung

Die Tagesordnung (insgesamt 10 TOPs) ist den Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände gegen die Tagesordnung werden wie folgt erhoben:

Ratsherr H. Schöne hat das Wort und führt aus, dass unter TOP 3.1 der Punkt Haushaltsplan 2026 verzeichnet ist. Er bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt wie folgt zu ergänzen „Haushaltsplan 2026 ohne Vorbericht“, da der Vorbericht nicht vorliegt.

Bürgermeisterin Winkelmann meldet sich zu Wort und stellt einen Änderungswunsch zur Erweiterung der Tagesordnung vor.

Sie führt aus, dass das Thema „Rossmann spendet Licht“ in der heutigen Sitzung des Rates beraten werden soll. Als Begründung führt sie aus, dass seit den letzten Beratungen im Verwaltungsausschuss am 18.06.2026 mit der Fördermittelstelle Rücksprache gehalten wurde und diese der Verwaltung mitgeteilt hat, dass, sollte es nicht zu einer zeitnahen Beschlussfassung kommen (in der Verwaltungsausschusssitzung am 18.06.2026 wurde sich mehrheitlich für weitergehende Beratungen im Fachausschuss ausgesprochen), die Fördermittel als Sachspende in Höhe von 56.402,41 € ggf. versagt werden könnten.

Daraufhin bringt Ratsherr Wohlers um 20.04 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung ein. Er bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Der stellv. Ratsvorsitzende Hays-Warfelmann teilt mit, dass er diese Abstimmung nun durchführen wird.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung

Der Rat stimmt einstimmig dafür, die Sitzung gemäß der erweiterten Tagesordnung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die erweiterte Tagesordnung angenommen worden.

2 Bericht der Bürgermeisterin zugleich für den Verwaltungsausschuss

Bürgermeisterin Winkelmann berichtet, dass der Verwaltungsausschuss seit der letzten Sitzung des Rates am 18.06.2026 einmal und zwar unmittelbar vor der heutigen Ratssitzung getagt hat.

Sie führt aus, dass neben den Beschlussempfehlungen für die heutige Ratssitzung in eigener Zuständigkeit folgendes beschlossen wurde.

Auftragsvergabe NKK Gewerbegebiet Edenbüttel 2 (Pflanzstreifen herstellen)

Der Verwaltungsausschuss hat vorbehaltlich der Prüfung der Vergabe durch das Rechnungsprüfungsamt und der Einreichung der nachgeforderten Unterlagen durch die nachstehend genannte Firma beschlossen, die Firma Wulf Garten- und Landschaftsbau GmbH, 27356 Rotenburg (Angebotspreis 19.225,94 €) mit der Herstellung eines Pflanzstreifens im Gewerbegebiet Edenbüttel 2 zu beauftragen. Sie teilt mit, dass die Angebotssumme geringer ist als die Fördermittelzusage in Höhe von 28.090,40 € Daher wird die Fördermittelzusage aus dem Fördermittelantrag für das Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ entsprechend prozentual gekürzt. Ebenfalls prozentual gekürzt werden die Zuwendungen für die Mehrjahres- und Entwicklungspflege, welche lt. Förderzusage aus dem Fördermittelantrag für das Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ i.H.v. 13.023,20 € betragen haben.

Zur Auftragsvergabe zum **Betrieb der JuLe** durch das SoFA e.V. (Vergabe am 21.05.2026 im VA) wurde nachträglich mitgeteilt, dass das RPA die Vergabe positiv geprüft hat und der **Auftrag an SoFA e.V.** vergeben werden kann.

Räumlichkeiten für die Mittagsverpflegung im Rahmen des Rechtsanspruches auf Ganztagschulbetreuung

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass sie in der Sitzung des Rates am 18.06.2026 mehrheitlich beauftragt wurde, mit den Schulleitern der Grundschule, des Gymnasiums und der Oberschule zwecks Nutzung der Mensa in der Oberschule, in Kontakt zu treten.

Sie führt aus, dass es am heutigen Tage ein Gespräch mit allen drei Schulleiter_innen sowie zwei Vertreter_innen des Landkreises Wesermarsch gab und sich darauf verständigt wurde, die Mittagsverpflegung für die Kinder, welche den Ganztagsunterricht besuchen, in der Mensa der Oberschule durchzuführen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass nun die entsprechende Ausschreibung durchgeführt werden kann und im Anschluss die Eltern und die Schulen per Brief entsprechend Kenntnis erhalten werden.

Sie dankt den Schulleitern, dass diese bereit sind, sich auf die Lösung einzulassen.

3 Haushalt 2026

In mehreren Fachausschusssitzungen und in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung sowie abschließend in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.06.2026 haben sich die Mitglieder des Gemeinderates und die Verwaltung mit der Aufstellung des Haushaltes 2026 befasst.

Der Ergebnishaushalt für das Jahr 2026 weist ein Minus in Höhe von 1.048.420,00 € aus.

Das Minus der Gesamtbeträge des Finanzhaushaltes beträgt 443.620,00 €.

Kämmerer Warns stellt wesentliche Aspekte aus dem Haushalt 2026 anhand einer Präsentation (**sh. Anlage**) vor. Er führt aus, dass diese Zahlen im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits vorgestellt wurden.

Kämmerer Warns stellt die Aufwendungen und Erträge dar und führt aus, dass die Kreisumlage in der Zeit von 2024 - 2026 um 2,2 Millionen Euro gestiegen ist. Das ordentliche Ergebnis zeigt ein Minus von 350.000,00 €

Er führt weiterhin aus, dass der außerordentliche Bereich durch den von der Mehrheit der Ratsmitglieder in der Ratssitzung am 30.10.2025 beschlossene und entsprechend in den Haushalt eingeplante "Neubau des Kindergartens" bestimmt wird. Daher beläuft sich das Minus in diesem Bereich auf 1.048.420,00 €.

Kämmerer Warns erwähnt ein Schreiben der Kommunalaufsicht, welches am 24.06.2026 an die Gemeinde Lemwerder gesendet wurde und in dem die Kommunalaufsicht den Ratsbeschluss vom 30.10.2025 gemäß § 173 Abs. 1 Satz. 1 NKOMVG beanstandet. Dieses Schriftstück liegt auch den Ratsmitgliedern vor und wurde bereits in Session öffentlich eingestellt.

Bürgermeisterin Winkelmann hat das Wort und führt aus, dass sich der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 18.06.2026 mit 4:3 Stimmen für die Genehmigung des Haushaltes in der vorliegenden Form ausgesprochen hat.

Auch Bürgermeisterin Winkelmann kommt auf das Schreiben der Kommunalaufsicht, welches am 24.06.2026 in der Verwaltung eingegangen ist, zu sprechen. Sie führt aus, dass seitens der Kommunalaufsicht auf den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit (vgl. § 110 Abs. 2 NKomVG) hingewiesen wird.

Sie führt weiterhin aus, dass das vom Institut für Public Management (IPM) Berlin erstellte Gutachten, welches auch die Wirtschaftlichkeitsprüfung und die Szenarien Analyse enthält, ebenfalls der Kommunalaufsicht vorliegt und diese in dem genannten Schriftstück den Ratsbeschluss vom 30.10.2025 beanstandet.

Bürgermeisterin Winkelmann informiert die anwesenden Bürger_innen darüber, dass das genannte Gutachten im Ratsinformationssystem unter dem Datum 18.06.2026 im Bereich Dokumente einsehbar ist.

Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht wird durch Bürgermeisterin Winkelmann verlesen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht zu dem Schreiben der Kommunalaufsicht und der TOP wird geschlossen.

3.1 Haushaltplan 2026

Für die unter diesem Tagesordnungspunkt geplanten Haushaltsreden, der Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien sowie von Bürgermeisterin Winkelmann, legt der stellvertretende Ratsvorsitzende eine Redezeit von 8 Minuten pro Person fest.

Ratsherr Wohlers meldet sich zu Wort und führt aus, dass die Ratsvorsitzende Ratsfrau Heller in der Ratssitzung am 18.06.2026 mitteilte, dass jede/r Redner/in eine Redezeit von 10 Minuten erhält.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass in der heutigen Sitzung Ratsherr Haye-Warfelmann den Vorsitz führt und über die Redezeit entscheidet.

Ratsherr Schöne bringt um 20.15 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung ein. Er führt aus, dass der Vorsitz an diesem Tage bei Ratsherrn Haye-Warfelmann liegt, jedoch in der letzten

Ratssitzung seitens der Ratsvorsitzenden Ratsfrau Heller eine Redezeit von 10 Minuten genannt wurde. Er beantragt daher, diese Redezeit auch für den heutigen Tag festzulegen.

Haye-Warfelmann führt aus, dass er 10 Minuten pro Redner/in zulässt. Er fordert die Redner/innen jedoch auf, ihre Beiträge möglichst kurz zu halten.

Es werden die Haushaltsreden gehalten.

Ratsherr H. Schöne bringt um 21.35 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung ein und führt aus, dass nach §§ 1 und 6 GemHKVO ein Vorbericht erforderlich ist. Dieser sei von Bürgermeisterin Winkelmann zugesagt worden. Ratsherr H. Schöne bittet um Auskunft darüber, wann der Bericht dem Rat zugeht.

Ferner erbittet er in die Beschlussvorlage den Zusatz „Haushaltsplan 2026 liegt ohne Vorbericht vor“ mit aufzunehmen

Bürgermeisterin Winkelmann führt hierzu aus, dass sie mitgeteilt habe, der Bericht liege heute vor. In den letzten Tagen seien jedoch Sachverhalte mit höherer Priorität hinzugekommen (Stichwort: Mensa) und deshalb konnte der Vorbericht nicht finalisiert werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der stellv. Vorsitzende Ratsherr schlägt vor die TOP 3.1 - Top 3.5 „en bloc“ zur Abstimmung durchzuführen.

Ratsfrau Rosenow bringt um 21.37 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung ein und erbittet über den Stellenplan einzeln abzustimmen.

Die Ratsmitglieder stimmen einstimmig dafür, dass der Stellenplan (Top 3.4) einzeln und die Tops 3.1.; 3.2: 3.3 und 3.5 „en bloc“ abgestimmt werden.

Der Rat beschließt auf Grundlage der Ergebnisse der Haushaltsberatungen mehrheitlich die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026, welcher ohne Vorbericht vorliegt.

Die TOPs 3.1 (Haushaltsplan 2026).; 3.2 (Restmittelübertragung 2025 auf 2026); 3.3 (Investitionsprogramm) und 3.5 (Wesentliche Produkte) wurden „en bloc“ wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	2
Enthaltung:	1

Damit sind die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2026, welcher ohne Vorbericht vorliegt, sowie die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026, der Investitionsplan und die Wesentlichen Produkte mehrheitlich genehmigt.

3.2 Restmittelübertragung 2025 auf 2026

Wie unter Top 3.1 verzeichnet fand hier eine en bloc Abstimmung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1; 3.3 sowie 3.5 statt.

Den Restmittelübertragungen aus dem Haushaltjahr 2025 für das Haushaltsjahr 2026 wurden aufgrund der Ergebnisse aus den Fachausschüssen sowie der Beratungen des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung im Rahmen der Haushaltsberatungen zugestimmt.

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 18.06.2026 empfohlen, die vorgelegten Restmittelübertragungen von 2025 auf 2026 zu beschließen.

Der Rat beschließt mehrheitlich die Restmittelübertragung aus 2025 für das Jahr 2026 der Gemeinde Lemwerder.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	2
Enthaltung:	1

Damit sind die Restmittel aus dem Jahr 2025 auf das Jahr 2026 übertragen worden.

3.3 Investitionsprogramm

Wie unter Top 3.1 verzeichnet, findet hier eine en bloc Abstimmung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1; 3.2 sowie 3.5 statt.

Den Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2026 wurde aufgrund der Ergebnisse aus den Fachausschüssen sowie der Beratungen des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung im Rahmen der Haushaltsberatungen zugestimmt.

Der Verwaltungsausschuss hat in der Sitzung am 18.06.2026 einstimmig empfohlen, das Investitionsprogramm in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Der Rat beschließt mehrheitlich das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2026 der Gemeinde Lemwerder.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	2
Enthaltung:	1

Damit ist das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2026 der Gemeinde Lemwerder beschlossen.

3.4 Stellenplan

Im Ausschuss für Digitales, Personal und Geschäftsordnung (nicht öffentlich) am 05.03.2026 wurde der Stellenplan mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung zur Genehmigung empfohlen

Ebenfalls hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung, am 07. Mai 2026, mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen) dem Rat empfohlen, den Stellenplan 2026 zu genehmigen.

Der Rat genehmigt ebenfalls mehrheitlich den Stellenplan 2026

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	4
Enthaltung:	2

Damit ist der Stellenplan für das Jahr 2026 genehmigt worden.

3.5 Wesentliche Produkte

Wie unter Top 3.1 verzeichnet, fand hier eine en bloc Abstimmung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1; 3.2 sowie 3.3 statt.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung hat einstimmig (14 Ja- Stimmen) sowie der Verwaltungsausschuss ebenfalls einstimmig (6 Ja- Stimmen) der Liste der wesentlichen Produkte, in ihren Sitzungen am 21.05.2026, zugestimmt.

Der Rat genehmigt mehrheitlich die Liste der wesentlichen Produkte.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	2
Enthaltung:	1

Damit sind die wesentlichen Produkte für das Jahr 2026 genehmigt worden.

4 **"Solarpark Sannauerfeld"; Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 41, mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan Hier: Beschlussfassung Abwägung der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, sowie Fassung Satzungsbeschluss und Feststellungsbeschluss Vorlage: FB 4/053/2024-25-26-3**

Im Vorfeld der heutigen Ratssitzung wurde das Thema „Solarpark Sannauerfeld" Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 41, mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplans; Hier: Beschlussfassung über die Abwägung der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB sowie Fassung des Satzungs- und Feststellungsbeschluss sowohl im Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung als auch im Verwaltungsausschuss beraten.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung hat in seiner öffentlichen Sitzung am 09.04.2026 mehrheitlich (15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung) und der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 07.05.2026, ebenfalls mehrheitlich (4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen) dem Rat empfohlen, die Abwägung und den Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs 7 BauGB zu beschließen.

Ebenso haben der Fachausschuss sowie der VA, in den e.g. Sitzungen, den Satzungsbeschluss nach § 10 Abs. 1 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41, "Solarpark Sannauer Feld" und den Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 5 BauGB zur Teiländerung des Flächennutzungsplans mehrheitlich (sh. oben) beschlossen.

Die Zustimmung zur Umsetzung des Projekts wird im Durchführungsvertrag gem. § 12 Abs. 1 BauGB geregelt und wird mit der vorherigen Beschlussfassung durch den Verwaltungsausschuss sofort wirksam.

In der heutigen Ratssitzung ergeben sich keine Wortmeldungen mehr und es folgt die Abstimmung.

Der Rat beschließt mehrheitlich die Abwägung und den Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen gem. § 1 Abs. 7 BauGB.

Er fasst mehrheitlich den Satzungsbeschluss nach § 10 Abs. 1 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41, "Solarpark Sannauer Feld" und den Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 5 BauGB zur Teiländerung des Flächennutzungsplans.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	1

Damit sind die Abwägung und der Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen gem. § 1 Abs. 7 BauGB sowie der Satzungsbeschluss nach § 10 Abs. 1 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41 "Solarpark Sannauer Feld" und den Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 5 BauGB zur Teiländerung des Flächennutzungsplans wirksam.

5 gemeinsamer Antrag von SPD/FDP/UWL/Bündnis90/DieGrünen vom 03.04.2026; hier: Einführung der Ganztagschule an der Grundschule Lemwerder Klassen 3-4 ab Schuljahr 2027/28

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 23.04.2026 vorgestellt, darüber diskutiert und anschließend abgestimmt wurde.

Die antragstellenden Fraktionen bitten mit ihrem Antrag vom 03.04.2026 darum, dass alle Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb in den Klassen drei und vier, ab dem Schuljahr 2027/2028, bereits jetzt mit einbezogen werden.

Ratsherr Ruminski teilte in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung mit, dass das Interesse der antragsstellenden Fraktionen ist, dass es für alle Kinder eine kostenfreie Nachmittagsbetreuung gibt.

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.06.2026 hat der Verwaltungsausschuss mehrheitlich dafür gestimmt, die Ganztagschule an der Grundschule Lemwerder ab dem Schuljahr 2027/2028 auch für Klassen 3 - 4, einzurichten.

Vor der nun gleich stattfindenden Abstimmung appelliert Bürgermeisterin Winkelmann nochmals zum Wohle der Gemeinde und der Bürgerinnen und Bürger sowohl diesen als auch den unter TOP 6 zur Beratung stehenden Antrag der CDU/NFL Gruppe“ auf Zugang zum Hort für die Klassen 1+2 zuzustimmen.

Sie führt nochmals aus, dass dadurch die Kosten für ein Bürgerbegehren (ca. 16.000,00 €) eingespart werden könnten.

Bürgermeisterin Winkelmann wendet sich mit der Frage: „Besteht aus ihrer Sicht der Hort ab dem kommenden Jahr weiter?“ an Ratsherrn Ruminski.

Dazu teilt Ratsherr Ruminski mit, dass es sich aus seiner Sicht um eine Suggestivfrage handelt und er diese daher nicht beantworten werde.

Bürgermeisterin Winkelmann wendet sich mit derselben Frage „Besteht aus ihrer Sicht der Hort ab dem kommenden Jahr weiter?“ an Ratsherrn Schröder.

Auch dieser beantwortet die Frage nicht und bringt um 21.43 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung, in dem er das Ende der Debatte beantragt, ein

Ratsfrau Ludwig hat das Wort und führt aus, dass der von der SPD eingebrachte Antrag aus ihrer Sicht zu früh eingebracht wird. Man hätte mit der Entscheidung noch etwas Zeit, da der Antrag auf Umwandlung der Schule erst am 01.12.2026 beantragt werden müsste.

Ratsfrau Ludwig führt weiterhin aus, dass die CDU/NFL-Gruppe den von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ablehne.

Ratsfrau Ludwig führt für die CDU/NFL-Gruppe aus, dass diese Gruppe möchte, dass der Hort erhalten bleibe. Daher wurde auch der unter Top 6 genannte Antrag gestellt.

Ratsherr Wohlers meldet sich zu Wort und erbittet folgendes im Protokoll aufzunehmen: Ratsherr Wohlers ist verärgert darüber, dass der stellv. Ratsvorsitzende Haye- Warfelmann seinen „Parteikollegen“ das Wort erteilt, andere Fraktionen aber zum jetzigen Zeitpunkt keine Wortmeldungen mehr abgeben dürfen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung:

Der Rat beschließt mehrheitlich, dass

a) die Verwaltung beauftragt wird, fristgerecht für den Beginn des Schuljahres 2027/2028 bei der zuständigen Landesschulbehörde den Antrag auf Erweiterung der Ganztagschule auch für die Klassen 3 und 4 an der Grundschule Lemwerder zu stellen.

b) die Verwaltung beauftragt wird, parallel dazu alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit zum Beginn des Schuljahres 2027/2028 ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und auch die Versorgung mit Mittagessen sowie ggf. erforderlichen Busverbindungen sichergestellt wird.

c) die Grundschule Lemwerder in den gesamten Prozess frühzeitig und kontinuierlich eingebunden wird; ihre Wünsche und Anforderungen angemessen berücksichtigt werden. Sollten zwischen Verwaltung und Schule unterschiedliche Auffassungen bestehen, so sind diese unverzüglich nach Bekanntwerden dem Schulausschuss zur Beratung und abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	5
Enthaltung:	0

Damit wurde der Antrag von den Fraktionen SPD/FDP/UWL und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich angenommen worden.

6 Antrag der CDU-NFL-Gruppe vom 19.04.2026 auf Zugang für die Klassen 1 und 2 zum Hort

Der o.g. Antrag wurde in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 23.04.2026 vorgestellt, darüber diskutiert und anschließend abgestimmt.

Der Antrag wurde am 23.04.26 parallel zum unter TOP 5 genannten Antrag der „Bunten Truppe“ eingereicht.

Die antragstellende Gruppe wünscht mit ihrem Antrag den Zugang für die Klassen 1 und 2 zum Hort.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung wurde der eingebrachte Antrag mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung). Damit ist der Antrag auf Zugang der Klassen 1 und 2 zum Hort nach den Sommerferien 2026 mehrheitlich abgelehnt worden.

Ratsherr Rosenhagen stellt den heute zur Abstimmung stehenden Antrag erneut vor und bittet darum, auch diesem Antrag, vor dem Hintergrund des Bürgerbegehrens und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Lemwerder, zuzustimmen. Mit diesem Beschluss würde der Bürgerwille respektiert werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Rat lehnt es mehrheitlich ab, den Schüler_innen der Klassen 1 und 2 nach den Sommerferien 2026 den Zugang zum Hort zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	12
Enthaltung:	1

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Damit ist der Antrag auf Zugang der Klassen 1 und 2 zum Hort nach den Sommerferien 2026 mehrheitlich abgelehnt worden. Es bleibt bei der Zugangsbeschränkung für den Hort.

7 Übertragung der Aufgaben nach dem AsylbLG und dem SGB XII von der Gemeinde Berne auf die Gemeinde Lemwerder Vorlage: FB 1/016/2026

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 21.05.2026 beraten. In dieser Sitzung wurde dem Verwaltungsausschuss und dem Rat einstimmig (15 Ja-Stimmen) empfohlen, dass die Aufgaben nach dem SGB XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ab dem 01.01.2027 von der Gemeinde Berne auf die Gemeinde Lemwerder übertragen werden sollen. Eine detaillierte Auflistung der Personalkosten sollte jedoch in die Zweckvereinbarung aufgenommen werden.

Am selben Tag hatte der Verwaltungsausschuss einstimmig (6 Ja-Stimmen) der Empfehlung des vorgenannten Fachausschusses einschließlich der Aufnahme einer detaillierten Auflistung der Personalkosten in der Zweckvereinbarung zugestimmt.

In der heutigen Ratssitzung ergaben sich seitens der Ratsmitglieder keine Wortmeldungen; anschließend erfolgte die Abstimmung.

Der Rat der Gemeinde Lemwerder beschließt einstimmig, dass die Aufgaben nach dem SGB

XII sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz ab dem 01.01.2027 von der Gemeinde Berne auf die Gemeinde Lemwerder übertragen werden sollen. In der noch zu unterschreibenden Zweckvereinbarung soll eine detaillierte Auflistung der Personalkosten aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit wurde der Antrag einstimmig angenommen.

8 Förderung Rossmann spendet Licht

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass sich die Gemeinde Lemwerder bei der privaten Förderung „Rossmann spendet Licht“ beworben hat. Sie erklärt, dass das Ziel dieser Förderung die möglichst schnelle und effiziente Ausstattung der Schulen in Niedersachsen mit moderner Beleuchtung ist.

Die Gemeinde Lemwerder würde im Rahmen der genannten Förderung eine Sachspende im Wert von 56.402,41 € erhalten.

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.06.2026 wurde dieses Thema bereits umfassend beraten. Es wurde mehrheitlich (4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen) beschlossen, das Thema aufgrund mehrerer offenen Fragen in der Sitzung eines Fachausschusses zu behandeln.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass seit der letzten Beratung im Verwaltungsausschuss Rücksprache mit der Fördermittelstelle gehalten wurde. Diese habe der Verwaltung mitgeteilt, dass die Sachspende im Wert von 56.402,41 € ggf. versagt werden könnte, sofern es nicht zu einer zeitnahen Beschlussfassung käme.

Bürgermeisterin Winkelmann führt weiter aus, dass nach Rücksprache mit einem Fachplaner die Kosten für den Einbau der Leuchtmittel bei ca. 15.000,00 € liegen werden. Sie unterstreicht erneut, dass bei einer nicht zeitnahen Beschlussfassung ggf. andere Bewerber mit den Mitteln bedacht werden.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsherr Schwarz führt aus, dass in der genannten Sitzung des Verwaltungsausschusses seitens der Verwaltung mitgeteilt wurde, man habe bei der Entscheidung über die Annahme der Spende noch Zeit. Er erkundigt sich, welchen Zeitraum die Förderstelle für die Förderung „Rossmann spendet Licht“ genannt hat.

Fachbereichsleiter Kwiske führt aus, dass seitens der Förderstelle kein Zeitraum benannt wurde. Er unterstreicht die von Bürgermeisterin Winkelmann getroffene Aussage, dass bei einer nicht zeitnahen Beschlussfassung ggf. andere Bewerber mit den Mitteln bedacht werden.

Weiterhin führt er aus, dass sich die Aussage „Wir haben noch Zeit“ auf die Umsetzung der Maßnahme bezog und nicht auf die Annahme der Spende.

Ratsherr Ruminski erkundigt sich, wie belastbar die genannte Summe für den Einbau der Leuchtmittel in Höhe von 15.000,00 € ist. Darüber hinaus fragt er, wie lange es dauert, bis sich die Ausgaben amortisieren.

Fachbereichsleiter Kwiske führt aus, dass die Kostenschätzung in Höhe von 15.000,00 € durch ein ortsansässiges Elekrounternehmen abgegeben wurde. Bei entsprechender Beschlussfassung werde eine Ausschreibung durchgeführt.

Weiterhin führt er aus, dass die einzubauenden LED-Leuchtmittel einen sehr hohen Energieeinsparungseffekt haben. Eine konkrete Aussage dazu, bis wann eine Amortisation der Kosten erfolgt, könne nicht getroffen werden, weil der Stromverbrauch der Bestandsleuchten durch den Spender nicht erfasst worden sei. Der Austausch der Beleuchtung erfolge nach der allgemeinen Erkenntnis, dass moderne LED-Beleuchtung in jedem Fall zu einer erheblichen Energieeinsparung gegenüber der Verwendung alter Lichttechnik führe.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht; anschließend folgt die Abstimmung.

Der Rat beschließt einstimmig, die Sachspende für die Grundschule Lemwerder in Höhe von 56.402,41 € brutto anzunehmen und eine Spendenbescheinigung auszustellen. Mit der Vergabe der Bauleistung soll ebenfalls begonnen werden. Die Bauleistung ist durch die Verwaltung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die genannte Fördersumme einstimmig angenommen worden.

9 Förderantrag Kommunale Sportstätten - Schwimmbäder Vorlage: FB 2/021/2026

Bürgermeisterin Winkelmann stellt die vorliegende Sitzungsvorlage vor und führt aus, dass das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Bäderinfrastruktur erlassen hat.

Im Rahmen des niedersächsischen Sportstätteninvestitionsprogramms wurde auf Grundlage eines Ratsbeschlusses ein Förderantrag eingereicht. Daraufhin erhielt die Gemeinde Lemwerder am 31.10.2025 einen positiven Förderbescheid mit einer Gesamtfördersumme in Höhe von 295.687,00 €. Dies entspricht einer Förderquote von 40 %.

Im Rahmen der Bundesförderung „Sanierung kommunaler Sportstätten“ wird nach einem weiteren Ratsbeschluss eine Projektskizze für die energetische Sanierung der Turn- und Lehrschwimmbahn eingereicht, da eine Kombination von Landes- und Bundesfördermitteln möglich ist. Das Förderprogramm war 22-fach überzeichnet; die Gemeinde Lemwerder wurde nicht berücksichtigt.

Ein weiterer Förderaufruf „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ ist bereits gestartet worden. Bis zum 19.06.2026 konnten hierfür erneut Projektskizzen eingereicht werden. Da die Ratssitzung am 18.06.2026 über diesen Tagesordnungspunkt nicht mehr beraten konnte, erfolgte eine Rücksprache mit der Fördermittelstelle. Diese teilte mit, dass der Ratsbeschluss auch noch nach dem 19.06.2026 eingereicht werden kann. Im September 2026 wird bekanntgegeben, ob die Gemeinde Lemwerder für die Abgabe eines finalen Antrags ausgewählt wird.

Der Verwaltungsausschuss hat in der unmittelbar vor dieser Ratssitzung stattgefundenen Sitzung dem Rat einstimmig empfohlen, dass bei Auswahl der Projektskizze im September

die benötigten Mittel in den Haushalt 2027 bis 2029 bereitgestellt werden und mit der Vergabe der Planungsleistungen begonnen werden kann.

Wortmeldungen seitens der Ratsmitglieder ergeben sich nicht; anschließend folgt die Abstimmung.

Der Rat beschließt einstimmig, dass bei Auswahl der Projektskizze im September 2026 die benötigten Mittel in den Haushalt 2027 bis 2029 bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit werden bei Auswahl der Projektskizze durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport die benötigten Mittel in die HH 2027 - 2029 bereitgestellt werden.

10 Beratung schriftlich eingegangener Anfragen von Ratsfrauen und Ratsherren

Für die heutige Ratssitzung ist folgender Antrag eingegangen, über den nun beraten wird.

Der seitens der FDP-Fraktion eingebrachte Antrag bezieht sich auf das ABIS-Gutachten sowie auf das auf dem Gutachten basierende Leistungsverzeichnis „Abbruch- und Schimmelsanierungsarbeiten“ im Gebäude der Kindertagesstätte.

Die FDP-Fraktion übermittelt nach Durchsicht des Gutachtens und des Leistungsverzeichnisses der Verwaltung nachfolgende Fragen. Verbunden mit einer schriftlichen Beantwortung bis zum 17.06.2026 sowie um eine mündliche Erörterung in der Ratssitzung am 18.06.2026. In der Ratssitzung am 18.06.2026 konnte das Thema nicht beraten werden; daher erfolgt heute die Beratung.

1. Welche konkreten Annahmen hinsichtlich der Schadstoff- und Schimmelsanierung der Gefährdungsstufe 3 wurden hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Instituts für Public Management zugrunde gelegt?
2. An welcher Stelle der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sind die hieraus resultierenden Kosten und Aufwendungen nachvollziehbar berücksichtigt und dokumentiert?
3. Welche Kostenansätze wurden insbesondere für die im Gutachten und Leistungsverzeichnis beschriebenen Anforderungen an Abschottung, Unterdruckhaltung, HEAP-Filtration, Freigabemessungen, Entsorgung, Dokumentation sowie Arbeitsschutz angesetzt?
4. Ist vor Beginn der geplanten Baumaßnahmen eine Aktualisierung des Schadstoff- und Schimmelgutachtens erfolgt.

Fachbereichsleiter Kwiske führt aus, dass zu den eben genannten Fragen nur begrenzt weitergehende Angaben gemacht werden können. Die Einrichtung und Trennung von Schwarz- und Weißbereichen einschließlich geeigneter Umkleide- und Sanitärbereiche, die Abschottung der Arbeitsbereiche sowie der Einsatz von Unterdruckhaltegeräten sind erfolgt.

Fachbereichsleiter Kwise führt weiter aus, dass bei einer Fortführung der Sanierung eine Betrachtung der „Ist-Situation“ durchgeführt wird.

Ferner wird auf Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ ein weiteres Schimmelgutachten erstellt. Das Ergebnis soll in der 27. Kalenderwoche vorliegen. Der entsprechende Bericht folgt zu einem späteren, noch nicht genannten Zeitpunkt.

Anmerkung der Verwaltung: Das Gutachten der ABIS GmbH vom 01.07.2026 ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Weitere Wortmeldungen ergeben sich hierzu und auch sonst nicht. Der Tagesordnungspunkt wird durch den stellvertretenden Ratsvorsitzenden Ratsherrn Haye-Warfelmann geschlossen.

11 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohner_innen ergeben sich in der heutigen Sitzung keine Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung.

Stv. Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer